



Wir sind Denkmal

> **Thälmannpark steht unter Denkmalschutz**

Mit großer Freude haben die Bewohner des Thälmannparks die Nachricht aufgenommen, dass ihr Wohngebiet unter Denkmalschutz gestellt worden ist. Die Anwohnerinitiative Thälmannpark hatte vor einem Jahr einen solchen Vorschlag unterbreitet. Allerdings fand dieser bei den Fachbehörden und in der Politik keine erkennbare Resonanz. Im Gegenteil, der Pankower Bezirksstadtrat Kirchner (Grüne) sprach sich öffentlich für eine zusätzliche Wohnbebauung im Thälmannpark aus, u.a. vor dem Denkmal.

Die Linksfraktion begrüßt die Unterschutzstellung des Thälmannparks. Unverständlich ist mir allerdings, warum das Landesdenkmalamt nicht das ganze Gebiet des ehemaligen Gaswerks, das nach einem städtebaulichen Gesamtkonzept zum Thälmannpark-Ensemble entwickelt wurde, in den Denkmalbereich einbezogen hat. So bleiben das Planetarium und der Grundschulkomplex sowie der Hockeyplatz außen vor.

Denkmalschutz bedeutet nicht, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Bei einem Denkmalensemble steht das Gesamtbild unter Schutz. Damit ist die Gebäudeanordnung, deren äußere Anmutung und die Gestaltung der Frei- und Grünflächen denkmalrechtlich geschützt. Sind die Gebäude des Denkmalensembles keine Einzeldenkmale, so unterliegen bauliche Veränderungen im Inneren keiner denkmalrechtlichen Einschränkungen. Die Neubauten der achtziger Jahre sind keine Einzeldenkmale, aber die ehemalige Verwaltungs- und Laborgebäude des Gaswerkes, die heute vom Kulturamt genutzt werden.

In der unmittelbaren Umgebung eines Denkmals gilt der sogenannte „Umgebungsschutz“. Damit soll sichergestellt werden, dass die Eigenart und das Erscheinungsbild eines Denkmals durch bauliche Veränderungen in dessen Umgebung nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Das ist insbesondere für die von Bezirksstadtrat

Schwerpunktthema

> **BVV diskutiert über Euro-paschule und Gesobau**

... weiter auf Seite 2

> **Abriss ist Sündenfall**

... weiter auf Seite 3

> **Kuczynski zu Ehren**

... weiter auf Seite 3

> **KvU mit neuem Domizil**

... weiter auf Seite 5

> **Güterbahnhof**

... weiter auf Seite 6 und 7

Kirchner unterstützten Investorenpläne auf dem ehemaligen Güterbahnhof Greifswalder Straße von konfliktgeladener Bedeutung. Die Linke tritt für den von der Initiative „teddy zwei-null“ vorgeschlagenen Grünzug ein.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

> **Checklisten für Anträge**

Die Linksfraktion beantragt die Erstellung von Antrags-Checklisten für erforderliche Formulare und Dokumente. Die Checklisten sollen am Informationsschalter des Bürgeramtes ausliegen und auf der Internetseite des Bezirks veröffentlicht werden. Damit sollen unnötige Amtsgänge und Wartezeiten vermieden werden.

> **154er Bus**

Die BVG hat den Fahrplan der Linie 154 ausgedünnt. Dadurch werden aber besonders Schulkinder auf ihrem Weg zur Schule benachteiligt. Diese Fehlplanung soll zurückgenommen werden, fordert die Linksfraktion.

> **EU-Wahlen**

Am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. EU-BürgerInnen mit Wohnsitz in Pankow können sich in den Bürgerämtern als WählerInnen registrieren. Darüber soll das Bezirksamt informieren und an den Info-Schaltern der Bürgerämter MitarbeiterInnen mit Fremdsprachenkenntnissen einsetzen.

> **Diskriminierungsfrei**

Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat 2011 die Erklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ unterzeichnet. Die Linksfraktion fordert nun, diese Absichtserklärung im Bezirk Pankow mit konkreten Maßnahmen umzusetzen.

> **Gefährlicher Verkehr**

Die Verkehrssituation an der Kreuzung Walter-Friedrich-/Groscurthstraße ist unübersichtlich und potenziell gefährlich. Das Bezirksamt soll, etwa durch das Aufstellen von Spiegeln, aber auch durch bauliche Maßnahmen, die das Zuparken des Kreuzungsbereichs verhindern, eine Besserung herbeiführen.

Einladung BVV-Sitzung

am 2. April 2014

> **22. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Kein Platz für Homer und Grün, dafür ohne Tischtuch nach Chile

Begrüßt wurde die Bezirksverordnetenversammlung am 5. März von protestierenden Eltern. In zweifelhafter Entscheidung der Schulstadträtin Zürn-Kasztantowicz (SPD) wickelt Pankow seine einzige Europaschule ab. An der



Bezirksamt in der Diesterwegstrasse

Homer-Grundschule in der Pasteurstraße (Bötzowviertel) gäbe es keinen Platz mehr für Europa. Griechisch lernende Kinder müssten künftig nach Lichterfelde-West, an den einzig für Griechisch verbleibenden Standort.

Aber die betroffenen Eltern konnten nun feststellen, dass mit dieser Verlegung keine einzige „Regelklasse“ zusätzlich in Pankow eingerichtet werden kann. Das machte die Elterninitiative für den Erhalt der Europaschule in ihrer Einwohneranfrage an das Bezirksamt deutlich. Die Antwort der Stadträtin ließ weit mehr Fragen entstehen. Da ist das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen.

Ein Antrag der Linksfraktion gegen die unverträgliche Verdichtung durch Bauvorhaben der Gesobau wurde von rotgrüner Mehrheit abgelehnt. Anlass war ein Vorhaben in der Gounodstraße 25/29 (Komponistenviertel), bei dem der bislang grü-

ne Innenhof mehrgeschossig bebaut werden soll. Michail Nelken (Linke) betonte die Probleme der Nachverdichtung im Bestand städtischer Wohnungsbaugesellschaften mit städtebaulich nachteiligen Folgen und der Entwertung der Bestandsgebäude. Es sei eine politische Fehlsteuerung des Landes Berlin, auf der Suche nach Bauflächen, die nichts kosten sollen. Dem entgegnete Herr Brenn (Grüne) mit umfassender Würdigung der städtebaulich gelungenen Lösung mit hübschen Bauten auf ohnehin wegen des Baumbestands nicht nutzbaren Wäschetrockenplätzen. Toll! Die Anwohner werden das vermutlich anders sehen.

Heftig ging es zu, nicht um die Sache, doch in der Form. Ines Pohl (Linke) begründete ihre Ablehnung eines Antrags der Grünen (Programm für Fairplay), weil dieser wieder einmal zwar der Losung nach viel verspreche, im Inhalt aber nichts erkennen lasse. Ein aus dieser Richtung gewohnter Schnellschuss, ein Thema zu besetzen, ohne sich wirklich einzubringen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. DIE LINKE erntete heftig Zwischenrufe und Drohungen aus den Reihen der Grünen. Deren Fraktionsvorsitzender Bechtler sprach erobert von Glashäusern und einem nun zerrissenen Tischtuch. Aber auch andere Fraktionen sahen den Grünen-Antrag kaum beschlussreif und so wanderte er, wie so viele zuvor, auf den weiten Weg durch die Ausschüsse.

Jetzt gab es erst mal Fußball, nicht in der BVV, sondern zu Hause im TV (Deutschland vs. Chile) und so hatten



die Verordneten Eile, früh zum Schluss zu kommen. Fix war der Saal leer.

Michael van der Meer
Fraktionsvorsitzender

Abriss ist Sündenfall

> Verbesserter Mieterschutz am Belforter Karree

Rainer Bahr und sein Anwalt kamen schnell zur Sache. „Schauen Sie, das wäre nach aktuellem Baurecht eigentlich möglich“, erklärten uns die beiden Herren und breiteten in ihrem Büro einen Plan aus, auf dem

teilweise abzureißen und die Fläche neu zu bebauen. Seitdem währt auch der Widerstand der Mieterinnen und Mieter. Doch seit das Bezirksamt im vergangenen Jahr Abriss und Bebauung in einem öffentlich-rechtlichen



Die Fällung von über 40 Bäumen bildet den Auftakt für den Bau einer Tiefgarage mit 200 Stellplätzen

sämtliche 110 Wohnungen an der Straßburger und Belforter Straße, gebaut 1960 von einer Wohnungsbau-genossenschaft, als Abriss markiert worden waren. Gleich darauf schoben sie einen zweiten, „ihren“ Plan hinterher. Da sind es noch 20 Wohnungen, die einer Neubebauung des Areals mit etwa 100 luxuriösen Wohnungen weichen sollen. Also alles nur halb so schlimm, sollte das Planspiel wohl suggerieren.

Gemeinsam mit Gregor Gysi besuchte ich am 13. Februar die Investoren eines der umstrittensten Bauvorhaben in Prenzlauer Berg. Es war ein schwieriger Termin. Die Begegnung kam zustande, nachdem wir uns bereits kurz vor Weihnachten auf Initiative unseres ehemaligen Stadtrats und heutigen Bezirksverordneten Michail Nelken mit der Situation in der Wohnanlage vertraut gemacht hatten. Vor vier Jahren hatte der Investor die drei Wohnblöcke erworben, von Anfang an mit der Absicht, sie

Vertrag absegnete, sind die rechtlichen Chancen, das Vorhaben zu verhindern, nur noch minimal. Schadensbegrenzung im Interesse der Mieter stand deshalb ganz oben auf unserer Agenda. Im Ergebnis gab es dann zwei verbindliche Zusagen des Investors – eine Mietminderung von mindestens 15 bis maximal 50 Prozent während der gesamten Bauzeit sowie ein über sieben Jahre garantierter Verzicht auf modernisierungsbedingte Mieterhöhungen für alle die dort vor 2011 einen Mietvertrag unterzeichnet haben.

„Ich hoffe sehr“, so Gregor Gysi, „das Gesprächsergebnis trägt dazu bei, dass die langjährigen Mieterinnen und Mieter nicht verdrängt werden.“ Was in jedem Fall bleibt, ist der Sündenfall des Abrisses von 20 bereits sanierten Wohnungen und die faktische Ohnmacht der alleingesessenen Mieterschaft.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

Ein Schritt voran im Eiertanz

> Benennung einer Grünfläche nach Jürgen Kuczynski rückt näher

Beinahe hätte der Stadtrat den Kopf geschüttelt. So wie die meisten Anwesenden bei der Kulturausschusssitzung am 11. Februar. Aber Stadtrat Kühne (CDU) war wohl vor allem peinlich berührt vom ausfallenden Ton des Bürgerdeputierten, den seine Fraktion in den Ausschuss entsandt hatte.

Aber von Anfang an – aber wo soll man anfangen bei dieser nun schon fünf Jahre dauernden Causa? 2009 wurde die Benennung des südlichen Teils des Antonplatzes in der BVV mehrheitlich durch einen Antrag der CDU abgewendet. Es wurde beschlossen, dass es keine Benennung eines Ortes in Weißensee ohne die Aufstellung einer „informierenden Tafel“ geben solle. Es lag auf der Hand, dass es dabei um die Rolle Kuczynskis in der DDR ging.

Seitdem haben die Initiatoren der Benennung viele Gespräche mit den Mitgliedern des Bezirksamtes geführt. Geschehen ist nichts. Es gäbe noch keine Tafel, versuchte auch Stadtrat Kühne zu beschwichtigen, bevor der CDU-Deputierte forderte, man müsse erst einmal Stasi-Akten anfordern und damit allgemeine Verärgerung erregte. Die Mehrheit des Ausschusses aber wollte die Benennung umsetzen. Und so musste der Stadtrat eingestehen, dass für die Aufstellung einer kommentierenden Gedenktafel das zu Kommentierende existieren muss. Er und der für Grünflächen zuständige Stadtrat Kirchner (GRÜNE) wurden beauftragt, dass nun Vorschläge für einen Ort auf den Tisch kommen sollen. Damit es endlich voran geht.

Beinahe hätte der Stadtrat genickt.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Auswertung Pankower Register 2013



> Mehr rechte Vorfälle in Pankow

Im Jahr 2013 wurden im Pankower Register insgesamt 154 Vorfälle verzeichnet, denen als Motiv gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Rassismus, An-

werden. Außerdem gab es Meldungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der neuen Flüchtlingsunterkunft in Alt-Pankow.

gegen Politische Gegner (22) richteten. In Bezug auf Kategorien der Vorfälle stiegen im Vergleich zu den Vorjahren die „Angriffe“ (21) an, die Kategorie



Pankow protestiert gegen die NPD am 8. Februar 2014



Basteln gegen Nazis

tisemitismus, Homo-/Transphobie o.ä.) und/oder eine rechtspopulistische, rechtsextreme bis neonazistische Einstellung zugrunde lagen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von mehr als 50 Meldungen. Zusammenhänge können in den verstärkten neonazistischen Aktivitäten in Berlin-Buch, aber auch in der Reaktivierung des NPD-Kreisverbandes 8 im Zuge des Bundestagswahlkampfes gesehen

In Bezug auf die Tatorte wurden auch im Jahr 2013 in Berlin-Buch (53) die meisten Vorfälle gemeldet, gefolgt von Alt-Pankow (27), Prenzlauer Berg (27) und Weißensee (23). Den Tatmotiven der meisten Vorfälle lag die rechte Selbstdarstellung (54) zugrunde. Das Motiv Rassismus stieg mit 41 Vorfällen im Vergleich zu den Vorjahren am rasantesten (2012: 13, 2011: 20). Ebenso gestiegen sind Vorfälle die sich

„Bedrohung und Beleidigung“ (10) verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr. Bei den meisten Vorfällen handelte es sich nach wie vor um Propagandadelikte (97).

[moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Vielfalt

Melden Sie Vorfälle unter moskito@pfefferwerk.de!

Kurz aus dem Kiez

> „Verschwundene Nachbarn“

Über zwei Jahre hinweg haben sich Schülerinnen und Schüler mit den Schicksalen jüdischer Mitmenschen auseinandergesetzt, die dem Hitlerfaschismus zum Opfer fielen. Dabei erarbeiteten sie eine Broschüre zu ihrem Projekt „Verschwundene Nachbarn: Jüdische MitbürgerInnen im Umfeld der Theresienschule nach 1933“. Darin sind 16 individuelle Biographien beschrieben, die über Recherchen zahlreicher Archive, der Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum und Gesprächen mit

Kurz aus dem Kiez

Nachfahren detaillierter umrissen werden konnten.

> „Klemke soll geehrt werden“

Der Kulturausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Pankow hat das Bezirksamt beauftragt, geeignete Vorschläge zur Benennung eines Ortes oder einer Einrichtung im Ortsteil Weißensee nach Prof. Werner Klemke zu unterbreiten. Klemke, Weissenhofer Hochschullehrer und berühmter Illustrator, hatte im zweiten Weltkrieg jüdischen Mit-

Kurz aus dem Kiez

menschen geholfen, in dem er Ausweispapiere fälschte.

> „Herbstlaube“ gerettet

Das dürfte für Aufatmen sorgen: Der Seniorentreff „Herbstlaube“ sowie das nebenan gelegene Gründerzeitmuseum sind – fürs Erste – gerettet. Der Pankower Kulturstadtrat Torsten Kühne teilte mit, im Jahr 2014 werde das Bezirksamt fast 21.000 Euro zur Unterstützung bereitstellen. Allerdings, so der Betreiber der „Herbstlaube“, reiche das Geld gerade nur so, um über die Runden zu kommen.

Neue Räume für die K.v.U.

> Eine Erfolgsmeldung der anderen Art

Die 1987 gegründete „Kirche von Unten“ (K.v.U.) war nach eigener Darstellung als „Stachel im Fleische kirchlicher Selbstzufriedenheit“ Teil der Oppositionsbewegung in der DDR und blieb auch nach der Wende eine Heimstatt von jungen und alten Unangepassten. Nach dem Auszug aus der Elisabethgemeinde war die K.v.U. in den „Arkona-Höfen“ in der Kremmener Straße zu Hause. Im Bezirk Mitte angesiedelt, aber zweifellos in den Prenzlauer Berg ausstrahlend, wurde die K.v.U. ein wichtiger Ort der Jugendkultur. Dies passte aber nicht in die Pläne eines Immobilien-Investors, der der K.v.U. die Kündigung aussprach.

Noch mehr als 400 Tage nach dem Kündigungstermin zogen die Betreiber und die Nutzer der K.v.U. von einem

Gremium zum nächsten, um neue Räume zu finden. So waren sie auch Gast in Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, ohne dass ihnen schnell geholfen werden konnte.

Hintergrund ist nicht nur, dass sich der Bezirk unter dem Spardiktat des Senates von seinen Immobilien getrennt hat, sondern auch, dass eine weitere Jugendfreizeiteinrichtung nur geschaffen werden kann, wenn sie in das bestehende Netz passt.

Und so kam es, dass sich die Initiative auch von der Politik im Stich gelassen fühlte: „Kein Dank gebührt denen, die nur schöne unverbindliche Worte über „die ach so wichtige Arbeit der KvU“ fanden und nicht bereit waren, diesen Worten Taten oder zumindest Haltungen folgen zu lassen.“ Die K.v.U.



Storkower Strasse 119

hat nun auf eigene Faust neue Räume in der Storkower Straße gefunden. Christine Keil, Jugend- und Immobilienstadträtin der LINKEN in Pankow, hat dazu eine positive Stellungnahme an die Senatsverwaltung übermittelt.

Sie sagt: „Die Ansiedlung der K.v.U. in der Storkower Straße begrüße ich sehr. An diesem Schnittpunkt von drei Bezirken besteht ein hoher Bedarf für eine Jugendeinrichtung.“



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

17. März

• **18 Uhr Basistag zusammen mit der Linksfraktion** in der BVV, BVV-Saal, Fröbelstraße 17

• **17 Uhr Diskussion / Vortrag mit Dagmar Enkelmann**, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Tim Guldemann, Botschafter der Schweiz, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Franz-Mehring-Platz 1

• **19.30 Uhr Bezirksvorstand** im Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17

19. März • 19 Uhr Diskussion / Vortrag, „Kaffeekrise“ und Mangelwirtschaft – Ernsthaftige Bemühungen um die Klärung einer Episode aus der DDR-Geschichte, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

22. März • 10 Uhr Hauptversammlung der LINKEN Pankow im BVV-Saal, Fröbelstraße 17

24. März

• **14.30 Uhr Mandelas Erbe – Südafrika 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid**

Vorträge, Diskussion & Film, Linksfraktion im Bundestag und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 und Kino Babylon

• **18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion** in der BVV im Fraktionszimmer

27. März • 15 Uhr „Die Jahre in Carwitz“, über Hans Fallada, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

31. März • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

2. April • 19 Uhr Umfragen für den Panzerschrank? Zum 50. Jahrestag der Gründung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

5. April • 10 Uhr Landesparteitag DIE LINKE Berlin „Europa und Berlin in der Region“, Abacus Hotel, Franz-Mett-Straße 5

7. April • 19 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Regionalgeschäftsstelle

15. April • 10 Uhr Diskussion / Vortrag mit Azize Tank (MdB) – Erste Erfahrungen einer neuen Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

28. April

• **18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion** in der BVV im Fraktionszimmer

• **18 Uhr Basistag der LINKEN Pankow** im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

• **19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes** im Karl-Liebknecht-Haus



Lokschuppen am S-Bahnhof Heinersdorf

Ein subjektives Fazit

➤ Werkstattverfahren Pankower Tor beendet

Das Werkstattverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Geländes des vormaligen Güterbahnhofes Pankow ist Anfang Januar 2014 nach eineinhalb Jahren beendet worden. Die Ergebnisse sind mager und rechtfertigen diesen langen Zeitraum nicht, zumal ursprünglich vorgesehen war, dass das Verfahren nur ein halbes Jahr in Anspruch nehmen sollte. Um zu verstehen, warum soviel Zeit vertan wurde, wer wann was und aus welchem Grund gemacht hat, muss man an den Anfang zurückkehren.

Vorgeschichte

Ursprünglich sollte das Gelände von einer Immobilienfirma der Bahn in einzelnen Teilen vermarktet werden. Um bei diesem Stückwerk eine – wenigstens einigermaßen – akzeptable städtebauliche Gestalt herstellen zu können, wurde seinerzeit ein auch professoral moderiertes Verfahren eingeleitet, das aber daran scheiterte, dass die Ansprüche der bahneigenen Verwertungsgesellschaft „Aurelis“, des Bezirkes und des Senates nicht unter einen Hut zu bringen waren. Die Vorstellungen des Bezirkes zielten auf eine Mischung von Wohnen und Arbeiten, der Senat zog damals die Vorstellungen von der sogenannten „verlängerten“ (eigentlich „neu-

en“) Granitzstraße aus der Schublade, die entlang der Bahntrasse von der Prenzlauer Promenade bis zur Mühlenstraße führen sollte. Speziell diesen Straßenneubau hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) bereits 2007 parteiübergreifend verworfen, weil er zu einem Verkehrschaos im Florakiez führen würde. „Aurelis“ wollte nur maximalen Profit, alles andere war egal.

Im Jahr 2009 erwarb Kurt Krieger das Gelände, und es begannen erneute Gespräche mit dem Bezirk, quasi bei Null. Der Investor hatte gekauft, um nahe der Autobahn eine neues Möbelhaus (was ursprünglich sein Haus in der Pankstraße ersetzen sollte) und ein Einkaufszentrum (EKZ) zu errichten, deren beider Ausstrahlung ins brandenburgische Umland gerichtet war.

Die LINKE war damals – und heute – nicht überzeugt, dass es dieses Einkaufszentrums für Pankow wirklich bedürfe, aber wir erkannten natürlich wie alle anderen auch, dass eine Entwicklung des gesamten Gebietes in einer (Investoren)Hand zu einer besseren Vermittlung zwischen den Ansprüchen des Investors und des Bezirkes zum beiderseitigen Vorteil führen können. Obendrein war ein Einkaufszentrum in der Stadt volks-

wirtschaftlich allemal sinnvoller als vor ihren Toren auf der brandenburgischen Wiese. Unter dieser Maßgabe wirkten wir an einer groben Einigung zwischen dem Investor und dem Bezirk mit, die unter anderem einen Stadtplatz am U- und S-Bahnhof Pankow, eine zwifache Überbrückung der Bahngleise zwischen dem Kissingen- und Krankenhaus-Viertel für Fußgänger und Radfahrer, der Bereitstellung von Flächen für Schulen und andere soziale Infrastruktur auf dem Gelände und von Flächen für die verkehrliche Erschließung durch den ÖPNV vorsahen.

Sowohl Krieger als auch der Bezirk hatten ihre Rechnung jedoch ohne die Senatsverwaltung gemacht. Diese lehnte ein Einkaufszentrum strikt ab und beharrte auf ihrer „Neuen“ Granitzstraße.

Die Werkstatt

Die Senatsverwaltung machte geltend, dass eine neues Einkaufszentrum in Pankow dem landesweiten Stadtentwicklungsplan Zentren (StepZentren 3.0) widerspräche, der derartige Einrichtungen vor allem in der sogenannten City konzentrieren möchte. Dem Krieger-EKZ wurde auch entgegengehalten, es „kannibalisiere“ vorhandene Zentren wie beispielsweise die „Alexa“. Ein weiterer Widerspruch ergab sich aus der verkehrlichen Erschließung des Geländes: Der Senat setzte auf eine

autogerechte Lösung durch den Bau neuer und den Ausbau vorhandener Straßen, der Bezirk auf Ausbau des schienengebundenen ÖPNV – Stichwort Straßenbahn.

Um aus dieser Pattsituation herauszukommen, schlug die BVV ein Werkstattverfahren vor, das relativ kurz nach dem Vorschlag im August 2012 begann.

Erklärtes Ziel dieser Veranstaltung war, einen rechtlich unangreifbaren, an den tatsächlich vorhandenen Bedingungen orientierten Weg zur Entwicklung des Güterbahnhofgeländes zu finden und darum mit einer tabula rasa zu beginnen. Entsprechend wurden alle bis dahin vorhandenen Untersuchungen und Gutachten verworfen (zwei Handels- und ein Verkehrsgut-

der Senat seine langfristigen Zentren- und Verkehrspläne in Teilen (für Pankow) revidieren, oder der Bezirk zum eigenen Nachteil seine Hand zu einer längst überholten autogerechten Stadtplanung heben müssen. Keiner wollte und/oder konnte nachgeben. Die Ergebnisse der Werkstatt blieben so dürftig, dass etliche der im ursprünglichen Verfahren geplanten „Bürgerinformationen“ ausfallen mussten, weil es nichts gab worüber hätte „informiert“ werden können.

Alle nunmehr als „Ergebnis“ der Werkstatt verkündeten Eckpunkte waren schon vorher zwischen Bezirk und Investor ausgehandelt (siehe oben). Neu ist lediglich das klare Bekenntnis zum Wohnungsbau, die Verteilung der Schulen auf dem Gelände. Die drei

stand möglich. Anstatt darüber in die Diskussion zu treten – die unter Umständen eine Korrektur der eigenen Meinung erfordert oder bewirkt hätte – verlangte die Senatsverwaltung an dieser Stelle nach einer „politischen“ Entscheidung auf Abgeordnetenhaus- bzw. Senatsebene. Die erging dann. Und konzentrierte sich auf Wohnungsneubau, ohne die eigentlichen Fragen zu beantworten.

Ausblick

In dem nun angestrebten „Steuerungsverfahren“ wird solange keine allgemein akzeptierte Lösung gefunden werden, solange die Senatsverwaltung auf ihren einmal gefassten Konzepten und Straßenplanungen aus den dreißiger Jahren (solange



S-Bahnhof Heinersdorf



Noch Brachfläche auf dem alten Güterbahnhof

achten, letzteres aber schon in der BVV durchgefallen). Da hier zwei Verwaltungen und ein Investor miteinander verhandeln wollten, ertrotzte sich die BVV Pankow die Teilnahme von zwei Beobachtern (die Ausschussvorsitzenden Stadtentwicklung sowie Verkehr), damit die Bürgerschaft wenigstens mittelbar vertreten war, denen dann aber von einer gelegentlich überforderten Moderation mitunter auf unflätige Weise der Katzentisch zugewiesen wurde.

Unerklärtes Ziel der Werkstatt war jedoch, eine der drei beteiligten Seiten zum Nachgeben zu zwingen. Das war ihr Geburtsfehler. Denn dazu hätte entweder Krieger auf sein EKZ in dieser Form verzichten müssen,

zentralen Fragen – Einkaufszentrum ja oder nein; Neue Granitzstraße ja oder nein, Straßenbahn ja oder nein – sind nach wie vor ungeklärt und sollen nun in einem sich anschließenden „Steuerungsverfahren“ beantwortet werden. Das jetzt (wieder) der Bezirk „den Hut auf hat“, ist kein Garant für einen Erfolg.

Sicher ist die lange Dauer der Werkstatt auch dem Umstand geschuldet, dass neue Untersuchungen erst angefertigt werden mussten. Tatsächlich war sie jedoch im vergangenen August an ein Ende gelangt, als der von der Senatsverwaltung bestellte Gutachter zu dem Schluss kam, Kriegers Einkaufszentrum sei ohne nachteilige Folgen für den Be-

geistert die „Neue Granitzstraße“ schon herum) festhält. Der Widerstand der Senatsverwaltung trägt mittlerweile leicht irrationale Züge, auf jeden Fall behindert er eine in die Zukunft weisende Entwicklung des an Einwohnern nach wie vor wachsenden Bezirkes. Die kurz vor Weihnachten lauthals verkündete „Einigung“ zwischen Krieger und dem Senat hat nach wie vor nur Ankündigungscharakter – unterschrieben ist noch nichts. Mit Störmanövern auch



schwerer Art seitens der Verwaltung muss also gerechnet werden.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter



Stammtisch

> Was ist los in Kiew?

Der Frühling ist im Kommen. Der Platz unter den Linden beim Eisernen Gustav verführt dennoch nicht zum Verweilen. Lena sucht die Frühlingsübergangsheizung, den Kanonenofen, und wärmt sich den Rücken.

„Nun auch die Ukraine“, so beginnt Manfred den Disput. „Nach den Bildern, die uns übermittelt wurden, war das eine echte Revolution.“ Lena springt ein: „Woher hatten die Maidan-Kämpfer so schnell Waffen und militärische Ausrüstung?“

Ich unterbreche: „Frühlingsluft macht durstig, ein Bier und einen doppelten Korn und das dreimal, wird uns die Seele erfrischen“, übermittle ich der Wirtin. Nach dem üblichen „Zum Wohl“ und einem tiefen Zug geht es weiter. „Es gibt zu viele Informationen, die

auch in anderen Ländern bereits über die Bildschirme flatterten“, lautet meine Ergänzung. Manfred spottet: „Die goldenen Wasserhähne wurden schon bei Ceausescu gezeigt.“ Lena: „Das ist eine Methode, die auch in Afrika ein bewährtes Mittel war, um Korruption zu beweisen. Was wird nun in der Ukraine? Die Weltbank verlangt Reformen, die EU verspricht ein paar Millionen für den Aufbau einer Demokratie. Russland sperrt die versprochenen Milliarden.“ Meine Meinung: „Die Revolution hat gesiegt, der Patient ist tot!“ Manfred: „Hoffentlich geht die Zerstörung im Osten der Ukraine nicht mit gleicher Brutalität weiter, dann kommt es zum Bürgerkrieg.“

Was ist los in dieser Welt? Wir haben nur die Eine. Wir brauchen sie!

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 5. März 2014
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 28. April 2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Hartmut Seefeld, Fabian Wolf, Rainer Albinus, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!
Empfänger: DIE LINKE Berlin
Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

						9		6
						5		7
2	9			1				
		5	6			4		
7					1		5	
		4				6	9	
	7			3		2		5
5	2	1	8				4	
	4	3			5	1		9

2		5				9			4
								6	2
9	3								
						8		3	
1			3				7		
			6						5
8		9	7	4			1		
				9					7
6	7	3			1			8	

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.